
Politische Bildung im Dienste des nationalen Wiederaufstiegs

Die staatsbürgerliche Erziehung
der Studenten an der Universität Marburg
während der Weimarer Republik

Joachim Detjen

1 Einleitung

Die politische Bildung gilt üblicherweise als Gegenstand der Politikdidaktik. Diese Zuordnung ist aber nur stimmig, wenn man an Lehr-Lern-Prozesse denkt. Die politische Bildung ist nämlich auch ein Gegenstand der Politikwissenschaft. Das ist dann der Fall, wenn man sie im Rahmen der politischen Kulturforschung betrachtet. Denn die politische Bildung wird geprägt von der politischen Kultur des betreffenden Landes. Zugleich wirkt sie selbst prägend auf die politische Kultur ein.

Die politische Kultur der akademisch gebildeten gesellschaftlichen Eliten während der Weimarer Republik war weitgehend antirepublikanisch, d.h. antidemokratisch, bestimmt. Es ist eine interessante Frage, ob die antidemokratischen Haltungen von der damals praktizierten politischen Bildung verstärkt wurden. Am Beispiel der staatsbürgerlichen Erziehung der Studenten der Philipps-Universität in Marburg soll dieser Frage nachgegangen werden.

2 Die Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung an der Philipps-Universität Marburg

Am Beginn der staatsbürgerlichen Erziehung an der Philipps-Universität stand das Schreiben eines „Ausschusses der Politischen Akademie“ an den akademischen Senat der Universität vom Januar 1919.¹ Unterschrieben hatte es der Theologe Karl Bornhausen. Das Schreiben nahm Bezug auf eine Eingabe des Marburger Studentenausschusses vom Januar 1918, in dem bereits die akademische Förderung politischer Bildung gefordert worden war. Das Schreiben verwies auf die politischen Umwälzungen Ende 1918, die zu einer „Beschleunigung der Entwicklung auch an den Universitäten“ geführt hätten, und sprach von der großen Gruppe der Studenten, „die jetzt politische Bildung durch die Universität besonders begehrt.“ Diese Studenten – das Schreiben erwähnte 60 Kommilitonen – hätten an der Universität unter dem Namen „Politische Akademie“ eine Vereinigung zur politischen Bildung gegründet.

Organisatorisch stellte sich die Akademie nach Fächern gegliederte studentische Arbeitsgemeinschaften vor, die von Universitätsdozenten geleitet werden sollten. In den Arbeitsgemeinschaften sollten politische Gegenstände in Referaten und Diskussionen erhellend und aus verschiedenen Perspektiven untersucht werden. Das Schreiben sprach von einer juristischen, einer nationalökonomischen, einer historischen und einer ethisch-soziologischen Arbeitsgemeinschaft. Weiterhin erhoffte sich die Akademie die Bereitstellung einer Bibliothek und eines Raumes für ihre Aktivitäten. Ferner wollte die Akademie auch öffentliche akademische Versammlungen über „prinzipielle Politik“ veranstalten.

Das Schreiben erwähnte am Ende, womit sich die Akademie im Augenblick befasste: „Sie wird im Zwischensemester die ethisch-soziologische Gruppe über Fichtes Staats- und Erziehungslehre fortsetzen und im Sommersemester Gruppen über die Revolution von 1848 bilden. Ein programmatischer Vortrag von Dr. Knittermeyer über ‚Erziehung zur Politik‘ wird in einer öffentlichen Akademiker-Versammlung anfangs des Sommersemesters namens der Politischen Akademie gehalten werden.“

Dem Schreiben war eine Anlage beigelegt, die das Ergebnis eines Vortrages vom 13. Dezember 1918 über „Student und Politik“ stichwortartig zusammenfasste. Gleichsam als Präambel der geplanten Bildungsaktivitäten fungierten folgende Sätze: „Krieg und Revolution haben erschreckend gezeigt, wie verhängnisvoll die

1 Schreiben des Ausschusses der Politischen Akademie an den Senat der Universität Marburg vom 30. Januar 1919 mit Anlagen „Student und Politik“ und „Politische Akademie“, Staatsarchiv Marburg (StA MA) 305a, Nr. 511.

mangelnde politische Bildung der Akademiker für das ganze Volk gewesen ist. In Zukunft muss schon auf der Universität der Typus des unpolitischen Studenten aufhören.“

Als geeignete Mittel zur politischen Bildung war dreierlei aufgeführt: Erstens „Abhaltung von Vorlesungen und Übungen geeigneter Universitätslehrer über die wissenschaftlichen Grundlagen der Politik“. Zweitens „studentische Gemeinschaftserziehung zur Politik überhaupt“. Dies sollte formal durch eine Redeerziehung und das Üben der Versammlungs- und Diskussionsleitung geschehen. Inhaltlich wollte man über Politiker, politische Programme und politische Institutionen kritisch diskutieren. Drittens sollten die Studierenden aktiv in ihren politischen Parteien mitarbeiten. Denn: „Die volle politische Bildung erwirbt man nur durch die Tat selbst.“ Das angestrebte Ziel der politischen Bildung bezog sich wiederum auf die Parteien. Es wurde wie folgt umrissen: „Erhöhung des politischen Niveaus der Parteien selbst. Vertiefung der vielfach primitiven Parteidogmen durch wissenschaftliche Rechtfertigung. Ertüchtigung der geistigen Führer zu politischer Führerschaft.“

Einige Monate später nahm Bornhausen in einem Schreiben an den Rektor dankend Bezug auf den Beschluss des akademischen Senats, einen Ausschuss zur Einrichtung eines „Instituts für staatsbürgerliche Erziehung“ an der Universität einzurichten. Bornhausen unterstrich, dass das politische Bildungsbedürfnis der Studenten weiterhin stark sei und „sich vor allem das Desiderat einer Erziehung zur politischen Versammlungstechnik stark fühlbar“ gemacht habe.²

Dass sich die Universität das Anliegen der Politischen Akademie tatsächlich zu Eigen gemacht hatte, lässt sich dem Schreiben des Rektors an den preußischen Kultusminister vom Frühjahr 1920 entnehmen, in dem das Ministerium um finanzielle Unterstützung für das geplante Institut gebeten wurde. Der Rektor führte zur Begründung des Antrags die Überzeugung des Senats an, „es sei mehr als früher Aufgabe der Universität geworden, ihren Studenten eine wissenschaftlich-politische Bildung zu vermitteln in dem Sinn, dass die Studenten unter schlechthinigem Absehen von aktiver und Parteipolitik in die historischen, juristischen, soziologischen und ethischen Grundlagen der Politik und ihrer Aufgaben eingeführt würden.“³

Dass es mit der freiwilligen Beteiligung der Studentenschaft an der politischen Bildung nicht so weit her war, machte der Marburger Historiker Albert Brackmann im Frühjahr 1921 in einem Artikel in der Zeitschrift *Die Studentenschaft* deutlich.

2 Schreiben Karl Bornhausens an den Rektor der Universität vom 9. April 1919, StA MA 305a, Nr. 511.

3 Schreiben des Rektors der Philipps-Universität an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 28. April 1920, StA MA 305a, Nr. 511.

Brackmann, der im November 1920 zum Vorsitzenden des „studentischen Zentralausschusses für staatsbürgerliche Erziehung“ gewählt worden war, erwähnte die rasch sinkenden Teilnehmerzahlen und erklärte, dass sich die Organisation der freiwilligen Arbeitsgemeinschaft offensichtlich nicht bewährt habe (Brackmann 1921, S.4).

Die Marburger Historiker ergriffen im Dezember 1920 die Initiative und schlugen vor, die Verantwortung für die staatsbürgerliche Erziehung der Studenten einem wissenschaftlichen Fach zuzusprechen, das nach ihrem Dafürhalten nur die Geschichte sein konnte. Die Erziehung zu staatsbürgerlichem Denken könne jedenfalls „nur gelöst werden durch eine feste Führung seitens der akademischen Lehrer.“ Zudem könne auf diese Weise vermieden werden, dass die politische Erziehung „in einseitig parteipolitische Bahnen gelenkt“ werde. Die Umsetzung sollte in kurz gehaltenen Kolloquien sowie in Vorlesungen erfolgen, „in denen weniger auf streng fachliche Details als auf die Gesamtbildung der Studierenden in Fragen des staatlichen Gemeinschaftslebens Gewicht gelegt wird.“⁴

Die Universitätsleitung berichtete dem Kurator im August 1921 über den Stand der Dinge. Sie erwähnte dabei insbesondere die neu eingerichtete Sammelvorlesung über Fragen der Staatsbürgerkunde, die regen Zuspruch gefunden habe und deren überparteilicher Charakter stets gewahrt worden sei. Sie vergaß nicht, darauf hinzuweisen, dass an den Vorlesungen die Angehörigen des Hochschulrings deutscher Art sowie der Freideutschen Studentenschaft teilgenommen hätten. Voller Stolz fügte sie hinzu, dass Marburg als erste preußische Universität eine Einrichtung geschaffen habe, die den Wünschen der Studenten nach einer gründlichen staatsbürgerlichen Erziehung entspreche.⁵

Im Laufe der Jahre beschränkte sich staatsbürgerliche Erziehung der Marburger Studenten im Wesentlichen auf die erwähnte Sammelvorlesung, die gelegentlich auch Sammelkolleg genannt wurde. Die Sammelvorlesung setzte sich aus den Vorlesungen mehrerer Dozenten zusammen. Dass die Sammelvorlesung über die Jahre am Leben erhalten werden konnte, war einem Bericht aus dem Jahre 1930 zufolge der Initiative einzelner Professoren zu verdanken. Zu diesen gehörten die Historiker Albert Brackmann, Friedrich Wolters, Siegfried A. Kaehler und der Staatswissenschaftler Johann Wilhelm Mannhardt. Ende der zwanziger Jahre engagierten sich daneben noch die Historiker Wilhelm Mommsen und Edmund

4 Denkschrift der Direktoren des Historischen Seminars über die Arbeitsgemeinschaft für Staatsbürgerkunde vom 7. Dezember 1920, StA MA 305a, Nr. 511.

5 Schreiben des Rektors der Philipps-Universität an den Universitäts-Kurator vom 30. August 1921, StA MA 305a, Nr. 511.

Ernst Stengel sowie der Nationalökonom Wilhelm Röpke an der Arbeit des Ausschusses für Staatsbürgerkunde.⁶

Die inhaltliche Ausrichtung der staatsbürgerlichen Erziehung erfuhr im Laufe der Jahre eine erhebliche Wandlung. Ein Vergleich des Veranstaltungsangebotes für das Sommersemester 1921 und für das Wintersemester 1932/33 kann dies veranschaulichen. So wurden 1921 folgende Vorlesungen angeboten: „Einführung in die Staatsbürgerkunde“ (Friedrich Wolters), „Das Deutschtum in Polen und Russland“ (Albert Brackmann), „Kant und Fichtes Staatstheorien“ (Nicolai Hartmann), „Die Arten des Wahlrechts und ihre Bedeutung“ (Johann Viktor Bredt), „Das Christentum und der moderne Staat“ (Horst Emil Stephan) und „Historische Politik (Geschichtliche Grundfragen der Staatskunde)“ (Edmund Ernst Stengel). Im Winter 1932/33 gab es eine der Staatsbürgerkunde dienende Vortragsreihe, die thematisch völlig anders ausgerichtet war. Sie war nämlich Problemen des Krieges gewidmet. Die Vorträge hatten folgende Themen: „Staat und Heer“, „Die Bilanz des Weltkrieges“, „Krieg und Technik“, „Die Kirchen und der Krieg“, „Krieg und Völkerrecht“, „Krieg und Wirtschaft“, „Krieg und Hygiene“ sowie „Der moderne Krieg“. Geplant war zudem ein Gastvortrag des 1926 als Chef der Heeresleitung der Reichswehr wegen politischer Illoyalität entlassenen Generalobersten Hans von Seeckt. Der Rektor hatte im Vorfeld sogar Kontakte mit den Schriftstellern Werner Beumelburg und Ernst Jünger aufgenommen, um sie für Vorträge über das „Kriegserlebnis“ zu gewinnen.⁷

Im Jahre 1932 gab es an der Universität Marburg sogar den Vorschlag für die Bildung einer akademischen Gemeinschaft für Wehrwesen. Während zweier Semester sollten die Studenten unter anderem etwas lernen über das Wesen und die Ursachen der Kriege sowie über den Einfluss der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte auf die Kriegführung. Das Ziel sollte sein, „die Lehre vom Kriege und die hauptsächlichen Wehrfragen dem allgemeinen akademischen Studium anzugliedern zur Hebung des staatsrechtlichen und politischen Verständnisses, der Urteilsfähigkeit in Wehrangelegenheiten und der Wehrfreudigkeit.“⁸

6 Schreiben Johann Wilhelm Mannhardts an den Rektor der Philipps-Universität Marburg vom 22. Oktober 1930 (Bericht über die staatsbürgerliche Sammelvorlesung), StA MA 305a, Nr. 511.

7 Schreiben des Rektors an den Universitäts-Kurator vom 21. Januar 1921 (Denkschrift über die geplante Organisation der Arbeitsgemeinschaft für Staatsbürgerkunde), Ankündigungsblatt „Staatsbürgerkunde – Probleme des Krieges“ vom 21. Oktober 1932, Schreiben des Rektors der Philipps-Universität an Werner Beumelburg vom 14. Juni 1932 sowie an Ernst Jünger vom 22. August 1932, StA MA 305a, Nr. 511.

8 Vorschlag für die Bildung einer akademischen Gemeinschaft für Wehrwesen, vermutlich Beginn 1932, StA MA 305a, Nr. 511.

3 Konzeption und Wirklichkeit der staatsbürgerlichen Erziehung

Die Konzeption der staatsbürgerlichen Erziehung an den Universitäten entwickelte der Student Wilhelm Röpke um die Jahreswende 1919/20 als Mitglied des von der Deutschen Studentenschaft eingesetzten Zentralausschusses für Staatsbürgerliche Erziehung an der Universität Marburg. Röpke studierte seit 1919 in Marburg. Dort wurde er 1921 promoviert und dort habilitierte er sich auch ein Jahr später. Und dorthin kam er 1929 als Professor zurück. Röpke war Liberaler und überzeugter Demokrat. Davon war seine Bildungskonzeption bestimmt, auch wenn in ihr Elemente zeitgenössischen Nationaldenkens mitschwangen.

Röpke schrieb: „Wir leben in einem Volksstaate, den Kurs des Staatsschiffes durch freigewählte Steuerleute selbst bestimmend, nicht als Untertanen, sondern als Staatsbürger. Wir sind dazu berufen, die deutsche Staatsidee, ihren Gedanken nationaler und humaner Erziehung, im Geiste eines Fichte, Stein, Hegel und Lagarde zum vollen Ausreifen zu bringen.“ Der Akademiker solle ein starkes Nationalgefühl besitzen. Geschichtliche Kenntnisse sollten ihn aber vor der Verzerrung des Nationalgefühls, dem Chauvinismus, bewahren. Ferner sollten die Parteien als für die politische Willensbildung notwendig anerkannt werden. Es gelte jedoch, „der Parteien Hass und Gunst zu entwirren, ihren Hader auf das sachliche Maß zurückzuführen und ihre ethischen und wirtschaftlich-sozialen Quellen aufzudecken.“ Der Einzelne solle sich danach der Partei anschließen, die seiner Überzeugung am nächsten komme und die er glaube, beeinflussen zu können. „So geschult wird er an seinem Teile dazu beitragen, das Parteileben zu entgiften, und, zum Staatsbürger erzogen, in wahrstem Sinne des Wortes ein Führer seines Volkes sein.“ Inhaltlich sollte sich die staatsbürgerliche Erziehung mit philosophischen, geschichtlichen, ökonomischen und sozialen Fragen auseinandersetzen. Die wichtigste zu vermittelnde Fähigkeit war in Röpkes Augen die „formal-parlamentarische Debattier- und Redegewandtheit“ (Röpke 1920, S. 3f., 7).

Ein Marburger Mitstreiter Röpkes im Zentralausschuss für Staatsbürgerliche Erziehung, der Theologiestudent Focko Lüpsen, vertrat ganz ähnliche Gedanken. Auch wenn es Lüpsen eher auf eine überparteiliche Erziehung ankam, ließ er sich dabei von keinem Antiparteienaffekt leiten (Lüpsen 1921, Nr. 3, S. 3f., Nr. 4, S. 4). Das eingangs zitierte Schreiben der Marburger „Politischen Akademie“ war ebenfalls von den Vorstellungen des Zentralausschusses inspiriert.

Es ist nun allerdings die große Frage, ob die Vorstellungen Röpkes und Lüpsens bei den Marburger Studenten auf fruchtbaren Boden fielen. Vieles spricht dafür, dass dies nicht der Fall war. Es gab in Marburg nur sehr wenige republikanisch gesonnene Studenten, darunter die nach dem Zweiten Weltkrieg aktiven Politiker

Gustav Heinemann, Ernst Lemmer und Viktor Agartz. Die Marburger Studentenschaft vertrat in ihrer großen Mehrheit dagegen ganz andere Auffassungen. Sie stand in einem scharfen Gegensatz zum republikanisch-parlamentarischen System. Die in Marburg besonders stark vertretenen Korporationen folgten einer völkisch-antisemitischen Grundüberzeugung und einem scharfen Nationalismus (Weichlein 1997, S. 28, 31, 37). Die Vorstellung vom Volk, das über dem Staat und erst recht über den Parteien stand, war in Marburg überaus populär (Zinn 2002, S. 86). Obwohl die soziale Lage vieler Studenten prekär war, neigten sie nicht zu linken Parteien und Ideen. Sie tendierten nach rechts, waren in außenpolitischen Fragen revanchistisch eingestellt und träumten vom Wiedererstarken Deutschlands (Hammerstein 2006, S. 10). Zu diesen Vorstellungen passte das im Sommer 1932 vom Ersten Vorsitzenden der Allgemeinen Marburger Studentenschaft an Rektor und Senat gerichtete Schreiben, in dem er die Universität um Unterstützung für das von der Studentenschaft initiierte Vorhaben bat, in Marburg einen Lehrstuhl für Wehrwissenschaft und Kriegsgeschichte einzurichten (Nagel 2000, S. 84f.).

Die einflussreichste politische Gruppe in der Marburger Studentenschaft der zwanziger Jahre war der von den Korporationen und einem großen Teil der Freistudenten, d.h. der Nichtkorporierten, getragene Hochschulring deutscher Art. Nicht zufällig erwähnte der Prorektor in seinem Schreiben vom 30. August 1921, dass die Studenten des Hochschulrings an der staatsbürgerlichen Erziehung teilgenommen hätten. Er wollte damit die hohe Akzeptanz der staatsbürgerlichen Erziehung in der Studentenschaft unterstreichen. Politisch folgte der Hochschulring dem völkischen Gedanken. Er betonte ständig die Einheit des Vaterlandes. Er gab zwar vor, parteipolitisch neutral zu sein, stand aber eindeutig auf dem Boden der Rechtsparteien. Für die parlamentarische Demokratie und die demokratischen Parteien hatte er nur Verachtung übrig (Schwarz 1971, S. 168f., 171, 309f.). So hielt der später als Professor für Öffentliches Recht wirkende Hans Gerber auf der ersten Schulungswoche des Deutschen Hochschulrings im Sommer 1921 einen Vortrag über „Staatsbürgerliche Erziehung“. Dort zog er einen scharfen Trennungsstrich zur bestehenden Demokratie. In der staatsbürgerlichen Erziehung dürfe es nicht um die Bejahung des bestehenden Staates gehen, insbesondere dann nicht, wenn dessen Verfassungsurkunde „auf politischen Kompromissen schlimmster Art“ beruhe. Es müsse stattdessen darum gehen, die sittliche Idee des Staates zu begreifen, die in der „Volkheit“ liege. Letztlich bedeute staatsbürgerliche Erziehung nichts anderes als „Deutscherziehung“ (Gerber 1921, S. 5f.).

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) kam in Marburg lange Zeit nicht über den Status eines sektiererhaften Zirkels hinaus. Erst 1929 stiegen die Mitgliederzahlen und zugleich die Ausstrahlung auf die Studenten. Bei den

Studentenparlamentswahlen im Juli 1931 gelang es dem NSDStB, die Hälfte der Sitze zu erreichen (Nagel 2000, S. 58). Die ideologischen Unterschiede zum Hochschulring waren aber so gering, dass Letzterer bei seiner Auflösung 1933 die Gewissheit haben durfte, dass der NSDStB seine politische Arbeit weiterführen würde.

Mit Ausnahme von Röpke und Mommsen, die der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehörten, waren die übrigen an der staatsbürgerlichen Erziehung in Marburg maßgeblich beteiligten Hochschullehrer mehr oder minder autoritär-nationalistisch orientiert. Sie standen der bestehenden Parteiendemokratie distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüber. Es gab gleichwohl Mitgliedschaften in der Deutschen Volkspartei (DVP), in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und im Stahlhelm. Kein Marburger Professor besaß jedoch vor 1933 ein Parteibuch der NSDAP.

Die Einstellung zum Nationalsozialismus änderte sich bei nicht wenigen Professoren nach Hitlers Machtergreifung. Der Staatswissenschaftler Mannhardt trat der NSDAP am 1. Mai 1933 bei und wurde auf der Senatssitzung vierzehn Tage später zum „ständigen Sachbearbeiter für die Angelegenheiten des Arbeitsdienstes, des Wehrsports und der Wehrwissenschaft“ bestimmt (Nagel 2000, S. 46, 164). Der mittlerweile in Breslau lehrende Theologe Bornhausen, der sich 1919 so engagiert für die staatsbürgerliche Erziehung in Marburg eingesetzt hatte, trat der NSDAP bereits 1932 bei und agierte im Mai 1933 als „Flammenredner“ bei der Bücherverbrennung an seiner neuen Wirkungsstätte (Tilitzki 2002, S. 417). Der Historiker Stengel gehörte im November 1933 zu den Unterzeichnern des Bekenntnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat.

Die von den Professoren verantwortete staatsbürgerliche Erziehung in Marburg trug antidemokratische und nationalistische Züge. So wurde in den offiziellen Texten immer wieder die Überparteilichkeit und Parteiferne der Bildungsarbeit betont. Dies war aber nichts anderes als ein Reflex der „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“, nämlich zu glauben, dass es einen Standpunkt oberhalb der Parteien gibt: „Der vermeintliche oder vorgebliche Standpunkt ‚über den Parteien‘ war in Wahrheit nur einer unter anderen Parteistandpunkten, von anderen nur dadurch unterschieden, dass er sich für den einzig möglichen, alle anderen Standpunkte aber für böswillig oder töricht hielt“ (Radbruch 1930, S. 289). Die Sammelvorlesung über Probleme des Krieges diente offenkundig keiner pazifistischen Zielsetzung, sondern sollte den Wehrwillen und die nationale Begeisterung der akademischen Jugend wecken. Dass Werner Beumelburg und Ernst Jünger eingeladen wurden, über das Kriegserlebnis zu sprechen, belegt dies eindeutig. Es sollten nicht das Grauen und die Unmenschlichkeit des Krieges, sondern der Krieg als Prüfstein der Männlichkeit und Walstatt des Heroismus gezeigt werden (Sontheimer 1968, S. 94ff.).

4 Marburg als Spiegelbild der an den Universitäten vorherrschenden politischen Kultur

Hinsichtlich der politischen Haltung der Professoren und Studenten war Marburg kein Einzelfall. Die Professoren waren in ihrer Mehrheit von Anfang an antirepublikanisch eingestellt. Widerwillen, wenn nicht offene Feindseligkeit, kennzeichnete ihre Haltung zur jungen Demokratie. Sie ignorierten Hitler, griffen aber die Republik an (Laqueur 1977, S. 234f.). Als Anhänger der untergegangenen Monarchie Bismarckscher Prägung vertraten sie zugleich einen scharfen außenpolitischen Kurs des durch den verlorenen Krieg geschwächten Reiches gegenüber den ehemaligen Feindmächten (Eschenburg 1965, S. 31). Vor allem bei den Historikern und den Staatsrechtlern fand sich zudem ein kritischer Affekt gegenüber den Parteien. Sie sahen in den Parteien Störfaktoren der Gemeinwohlbildung (Sontheimer 1988, S. 217).

Die Haltung der Professoren lässt sich damit erklären, dass sie im Kaiserreich sozialisiert worden waren. Es fiel ihnen daher schwer, eine realitätsadäquate Einstellung zur republikanischen Regierungsform zu finden. In ihrer Mehrzahl hatten sie zudem während des Ersten Weltkrieges zum annexionistischen Lager gehört, hatten sich in nationaler Selbstgerechtigkeit und nationalem Sendungsbewusstsein gefallen. Ihnen gegenüber bildeten die Anhänger der Republik und einer Verständigungspolitik mit dem Ausland eine deutliche Minderheit, die zudem gegenüber der Mehrheit unter dauerndem Rechtfertigungsdruck stand (Wehler 2009, S. 470f.).

Sofern die zur Mehrheit gehörenden Professoren politisch erzieherisch wirkten, waren sie bestrebt, die Studenten gegen die neuen Verhältnisse einzunehmen und den nationalen Wiederaufstieg zu propagieren. Sie begrüßten die kritische Grundhaltung der studentischen Jugend gegenüber der Republik und den vom Nationalismus geprägten Habitus der Studentenhälfte. Dass die Studenten so empfanden, lässt sich mit der Erfahrung der Niederlage Deutschlands 1918 sowie mit ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg bis 1923 auf der Seite von Freikorps und Einwohnerwehren erklären (Wehler 2009, S. 466f.).

Das antirepublikanische und nationalistische Einverständnis von akademischen Lehrern und akademischer Jugend verstärkte eine politische Kultur, die für das Gedankengut des Nationalsozialismus in großem Maße aufnahmebereit war. Glücklicherweise war und ist die politische Bildung der Bundesrepublik nicht mit den Hypotheken belastet, die der Weimarer Republik das Leben schwermachten.

5 Schluss

Die problematische politische Kultur der Weimarer Republik bringt ins Bewusstsein, dass Demokraten nicht vom Himmel fallen. Das wiederum macht deutlich, dass die politische Bildung der Formung der politischen Kultur beträchtliche Aufmerksamkeit schenken muss. Diese Aufgabe konkretisiert sich in der Förderung von Systemvertrauen in die Demokratie und in der Stärkung demokratieadäquater habitueller Einstellungen. Traditionell spricht man von Bürgertugenden. Was im Einzelnen zum Vertrauen und zu den Einstellungen gehört und wie die Umsetzung in Lehr-Lern-Prozessen real geschehen kann, ist Gegenstand politikdidaktischer Reflexion. Prominente Vertreter der Politikdidaktik haben vor wenigen Jahren ein auf diese Herausforderung bezogenes Modell entwickelt, dem weite Verbreitung in der Bildungspraxis zu wünschen ist (Detjen et al. 2012, S. 100 ff.).

Literatur

- Brackmann, A. (1921). Ausbildung in der Staatsbürgerkunde. *Die Studentenschaft*, 4, Nr. 10, 4 f.
- Detjen, J., Massing, P., Richter, D., & Weißeno, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS.
- Eschenburg, T. (1965). Aus dem Universitätsleben vor 1933. In A. Flitner (Hrsg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus*. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen (S. 24–46). Tübingen: Wunderlich.
- Gerber, H. (1921). Staatsbürgerliche Erziehung. *Die Studentenschaft*, 5, Nr. 8, 4–6.
- Hammerstein, N. (2006). Marburg und die deutsche Universitätslandschaft in den 20er Jahren. In Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. (Hrsg.), *Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus* (S. 1–12). Kassel: Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde.
- Laqueur, W. (1977). *Weimar. Die Kultur der Republik*. Frankfurt a.M. u. a.: Ullstein.
- Lüpsen, F. (1921). Probleme akademischer Staatsbürgererziehung. *Die Studentenschaft*, 5, Nr. 3, 4, 5, jeweils 3f.
- Nagel, A. C. (Hrsg.) (2000). *Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Radbruch, G. (1930). Die politischen Parteien im System des deutschen Verfassungsrechts. In G. Anschütz & R. Thoma (Hrsg.), *Handbuch des deutschen Staatsrechts*. Erster Bd. (S. 285–294). Tübingen: Siebeck.
- Röpke, W. (1920). Weg und Ziel staatsbürgerlicher Erziehung. In Zentralausschuss für Staatsbürgerliche Erziehung an der Universität Marburg (Hrsg.), *Staatsbürgerliche Erziehung an den deutschen Universitäten. Eine Denkschrift im Auftrag der Vertretung der Deutschen Studentenschaft* (S. 3–9). Marburg.
- Schwarz, J. (1971). *Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sonthheimer, K. (1968). *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. Studienausgabe. München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Sonthheimer, K. (1988). Die deutschen Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik. In K. Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815 – 1945* (S. 215–224). Boppard am Rhein: Boldt.
- Wehler, H.-U. (2009). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949*. München: Beck.
- Weichlein, S. (1997). Studenten und Politik in Marburg. Die politische Kultur einer Universitätsstadt 1918 – 1920. In P. Krüger & A. C. Nagel (Hrsg.), *Mechterstädt – 25.3.1920. Skandal und Krise in der Frühphase der Weimarer Republik* (S. 27–43). Münster: LIT Verlag.
- Tilitzki, C. (2002). *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Teil I*. Berlin: Akademie Verlag.
- Zinn, H. (2002). *Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945*. Köln: SH-Verlag.

Kompetenzorientierung

Potenziale zur Professionalisierung der Politischen
Bildung

Manzel, S.; Oberle, M. (Hrsg.)

2018, XV, 219 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16888-9